

# Polizei regt Durchsuchungsbeschluss für IvI an

Rechtsstreit um besetztes Gebäude geht weiter / Unbekannte „Gruppe 17. Mai“ beschädigt Autos

Von Hanning Voigts

Im Streit um das besetzte Institut für vergleichende Irrelevanz (IvI) im Kettenhofweg hat die Frankfurter Polizei der Staatsanwaltschaft geraten, einen Durchsuchungsbeschluss zu erwirken. Die neue Eigentümerin, die Franconofurt AG, habe eine Anzeige wegen Hausfriedensbruchs gestellt, sagte ein Polizeisprecher der FR. Um festzustellen, wer sich im IvI aufhalte, müsse man dort Personalien feststellen.

Das gehe allerdings nicht ohne Durchsuchungsbeschluss, so der Sprecher. Schließlich wohnten Menschen im IvI – und Artikel 13

des Grundgesetzes schütze die Unverletzlichkeit der Wohnung. Aus der Tatsache, dass das Gebäude seit neun Jahren besetzt sei und die Universität bisher stets Strom und Wasser bezahlt habe, könnten die Besetzer „durchaus ein Wohnheitsrecht ableiten“. Eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft wollte sich auf Anfrage nicht zu dem Fall äußern.

Sollten im IvI Personalien festgestellt werden, könnte das den Rechtsstreit zwischen den Nutzern und der Eigentümerin entscheidend verändern: Die Räumungsklage der Franconofurt liegt zwar inzwischen beim Amtsgericht Frankfurt vor, kann aber

nicht zugestellt werden, weil von den Besetzern keine Namen bekannt sind. Wie ein Sprecher mitteilte, sei es bei jeder Zivilklage Sache des Klägers, dem Gericht einen Beklagten zu nennen. Sollten jetzt Namen von IvI-Nutzern bekannt werden, könnte die Franconofurt mit ihrer Räumungsklage einen Schritt vorankommen.

## Besetzer wollen verhandeln

Unterdessen wurde bekannt, dass Unbekannte bereits in der vergangenen Woche drei Autos des Immobilienkonzerns „Engel und Völkers“ beschädigt haben. Wie die Polizei mitteilte, wurden bei

den drei im Kettenhofweg geparkten PKW die Reifen aufgestochen und der Auspuff mit Bauschaum gefüllt. Eine „Gruppe 17. Mai“ habe sich zu dem Anschlag bekannt und ihn in einem Schreiben damit begründet, man wolle „die Profiteure der kapitalistischen Stadtentwicklung“ angreifen, so ein Sprecher der Polizei.

Als Beispiel für die Ökonomisierung der Stadt wird in dem Schreiben auch das IvI genannt. Eine „Gruppe 17. Mai“ sei dem Staatsschutz nicht bekannt, so der Sprecher. Am 17. Mai hatte die Polizei den Paulsplatz und den Römerberg geräumt, nachdem Aktivistinnen der Blockupy-Bewegung

sich dort trotz eines Verbots versammelt hatten.

Auch Oliver Sonnenschein vom IvI sagte der FR, man kenne die „Gruppe 17. Mai“ nicht. „Unsere Art war so was nie“, so Sonnenschein. „Das ist nicht unsere Form von Kapitalismuskritik. Wir fordern Luxus für alle, anstatt Einzelne für ihren Luxus zu kritisieren.“ Zum Rechtsstreit mit der Franconofurt sagte Sonnenschein, man hoffe auf Verhandlungen mit der Stadt, der Universität und auch der Eigentümerin. Hausfriedensbruch begehe man aktuell nicht. „Das war vielleicht bei der Besetzung der Fall. Im Moment ist Frieden da.“